

Plenum Aktuell

Dr. Nils Schmid

Stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Verantwortung für das Ganze –
Dynamik sichert Wohlstand und Zusammenhalt

Rede in der Aussprache zur Regierungserklärung von
Ministerpräsident Mappus in der Plenarsitzung des
Landtags von Baden-Württemberg
am 10. März 2010

- Es gilt das gesprochene Wort -



Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wer in diesem Land in den Betrieben, in den Familien, in der Nachbarschaft, in den Vereinen mit den Menschen redet, der spürt: Sie fühlen sich wohl in diesem Land. Auch meine Familie und ich fühlen uns in diesem Land wohl. Aber die Menschen spüren auch ganz genau: Das Fundament dieses Wohlstands zeigt allmählich Risse. Sie spüren: Wir müssen uns anstrengen. Es gibt keinen anstrengungslosen Wohlstand!

Denn die Landespolitik hat die vornehme Aufgabe, politische Führung zu zeigen und die notwendigen Herausforderungen, die in diesem Land stecken, offensiv anzunehmen, damit wir auch in Zukunft den Wohlstand sichern können.

Die Landespolitik wird daran gemessen, ob sie Dynamik zur Sicherung von Wohlstand und sozialem Zusammenhalt aufnimmt oder ob sie darauf beharrt, an alten Korsettstangen festzuhalten und alte Lösungen für neue Zeiten anzubieten.

Die ersten Wochen dieser Landesregierung haben gezeigt: Diese Landesregierung stiehlt sich aus der Verantwortung. Der unsägliche Hickhack um den Ankauf der „Steuer-CD“ beweist nicht nur, dass Sie den Steuerbetrü gern ein liberales Schutzmäntelchen der Barmherzigkeit umhängen. Nein, er beweist ein Weiteres: Sie sind bei dieser Detailfrage nicht bereit, Verantwortung für das Land im Land zu übernehmen, sondern Sie schieben die Verantwortung ab.

Diese Regierungserklärung beweist ein weiteres Mal, dass Sie wegducken, gesundbeten, sich ausruhen auf den Lorbeeren der Vergangenheit, anstatt Verantwortung für dieses Land zu übernehmen und politisch Anstöße zu geben, wie es in dem Land weitergehen kann. Diese Regierungserklärung hat viele Fragen und fast keine Antworten geliefert.

Und diese Regierungserklärung zeigt an, Herr Mappus, dass Sie offenbar keine Antenne für den tatsächlichen Bedarf an Reformen in diesem Land haben. Dort, wo das Land vorn liegt, begnügen Sie sich mit der Verteidigung dieses vorderen Tabellenplatzes und legen die Hände in den Schoß, weil Sie Tabellenführung mit eigener Machtfülle verwechseln. Dort, wo das Land hinten liegt, da ist die nötige Aufholjagd bisher nur im Schneckentempo zu erkennen, und Sie halten an überholten Strukturen fest.

Mutiger Politikwechsel für Baden-Württemberg

Das, was wir aber brauchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein mutiger Politikwechsel für dieses Land, der sich nicht an Einzelinteressen, sondern am Gemeinwohl orientiert. Für die SPD liegt die Bewährungsprobe dieser zukunftsgerichteten Landespolitik in vier Feldern:

Wir wollen wirtschaftliche Dynamik, und wir wollen der Beschäftigungsentwicklung neue Flügel verleihen. Deswegen müssen wir eine aktive Rolle des Landes bei Mittelstand, Handwerk und Industriepolitik anstreben. Wir brauchen bessere Bildung für alle, Chancengleichheit, unabhängig von der sozialen Herkunft. Und wir wollen diesen Wohlstand auf hohem Niveau sichern, ohne auf Pump zu leben, ohne die Generationengerechtigkeit infrage zu stellen. Deshalb brauchen wir eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung. Schließlich – ich meine, das ist die zentrale Aufgabe von Politik – wollen wir den sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt in dieser Gesellschaft fördern. Vielfalt ist keine Bedrohung, sondern Chance.

Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Wir haben unternehmenslustige Arbeitgeber mit neuen Ideen, wir haben tatkräftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zeigen, was in ihnen steckt. Aber das reicht nicht aus. Dieses Land muss sich erneuern, die Politik muss sich erneuern, damit wir weiterhin vorn mitspielen können und Zukunft für alle gewährleisten.

Herr Mappus, es war einer Ihrer Vorgänger, Lothar Späth, der die vier Motoren ins Leben gerufen hat: Lombardei, Katalonien, Rhône-Alpes und Baden-Württemberg. Wenn man sich die Entwicklung dieser vier starken Wirtschaftsräume in Europa über die letzten 15 Jahre anschaut, stellt man fest: Wir lagen vor 15 Jahren mit Abstand vorn. Inzwischen hat uns die Lombardei überholt, und die anderen beiden haben in der Wirtschaftskraft deutlich aufgeholt.

Wir sind zurückgefallen im Wettbewerb der starken Regionen Europas. Unser Land ist Spitze – das war unter Lothar Späth richtig –, inzwischen ist das infrage gestellt, und wir müssen uns anstrengen, wieder aufzuschließen.

Durch Selbstgefälligkeit und Nichtstun verspielen Sie die Chancen für Arbeitsplätze und Beschäftigung im Land. Es sind zwei zentrale Handlungsfelder in der Wirtschaftspolitik, die auf uns zukommen.

Fabrik für umweltfreundliche Automobile

Wir haben die Automobilindustrie als Motor der Wirtschaft unseres Landes, und Sie sind angesichts der aktuellen Krise in eine Schockstarre verfallen, nachdem die SPD hier im Land mehrfach darauf hingewiesen hat, wie wichtig es ist, Eigenkapitalhilfen für den Mittelstand in unserem Land zu heben, haben Sie sich lange verweigert, unsere Vorschläge zur BW-Anleihe und zum BW-Fonds aufzugreifen. Jetzt sind Sie endlich dabei – herzlich willkommen im Club –, aber machen Sie auch etwas daraus, Herr Mappus!

Aber ich will auch von den notwendigen strukturellen Anpassungen gerade in der Automobilindustrie in diesem Land reden. Wir haben inzwischen gemeinsam verstanden, dass neue Antriebstechnologien auf dem Vormarsch sind – Hybridtechnologie, Elektromobilität. Es ist auch höchste Zeit, denn es wurde jahrelang viel verschlafen auf Ihrer Seite, aufseiten der Landesregierung, aber leider auch aufseiten der Unternehmen.

Wenn wir aber wettbewerbsfähig sein wollen, wenn die Autos der Zukunft auch wieder aus Baden-Württemberg kommen sollen, dann müssen wir für diese Branche mehr tun.

Es reicht nicht aus, in Forschung und Entwicklung zu investieren. Herr Mappus, Sie haben formuliert, Baden-Württemberg solle das Umweltinnovationslabor und Schaufenster werden. Ich sage Ihnen: Labor und Schaufenster reichen nicht aus. Wir wollen die Fabrik für umweltfreundliche Automobile werden, der Produktionsstandort muss in Baden-Württemberg sein.

Deshalb ist die Markteinführung dieser neuen Autos ganz wichtig. Wir brauchen steuerliche Anreize, wir brauchen aber auch ganz praktische Anreize wie Vorfahrt für E-Mobile im Stadtverkehr, und wir wollen den Einsatz von neuen Formen der Mobilität in Testregionen mit dem Aufbau notwendiger Infrastruktur erproben.

Neue Kultur für Existenzgründungen

Und wir brauchen eine neue Kultur von Existenzgründungen in diesem Land. Denn Baden-Württemberg rutscht auch in dieser Hinsicht ab. Es geht Innovationsdynamik verloren. Wir sind inzwischen unter den Flächenbundesländern auf dem letzten Platz angelangt, was Existenzgründungen mit Substanz anbetrifft.

Deshalb wollen wir, dass die Förderung von Existenzgründungen angeschoben wird, nämlich vor allem durch verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten. Ich denke an mehr Eigenkapital für Gründer und Gründerinnen aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Das ist ein konkreter Vorschlag, den Sie, Herr Mappus, sofort umsetzen können.

Energiewende als Jobmotor

Die zweite strukturelle Herausforderung für unsere Wirtschaft ist die Energiewende. Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist der Jobmotor für die Zukunft, gerade für unseren Mittelstand und unser Handwerk. Der Göppinger Maschinenhersteller Schuler steigt groß in den Anlagenbau von hocheffizienten Windkrafträdern ein. Unsere Handwerker installieren und warten Fotovoltaik-Anlagen und Solarmodule. Bundesweit konnten bereits im Jahr 2008 insgesamt 280 000 Arbeitsplätze dieser neuen Branche zugerechnet werden. Für Baden-Württemberg fallen dabei gerade einmal 18 000 Jobs ab. Das ist ein unterproportionaler Anteil an diesem wachsenden Kuchen. Deshalb hat die SPD mit dem Vorschlag eines Energiekonzepts für dezentrale Versorgung unter dem Stichwort 2020 konkrete Vorschläge unterbreitet, wie wir in Baden-Württemberg mehr von diesem Kuchen an Land ziehen können. Denn dort liegt die Zukunft von Beschäftigung in Baden-Württemberg.

Herr Mappus, im Gegensatz dazu haben Sie schon als Umweltminister diese erneuerbaren Energien nicht gefördert, sondern bekämpft. Es war Erwin Teufel, der als Don Quichotte gegen die Windmühlen ins Feld gezogen ist, und Sie waren sein treuer Knappe Sancho Pansa und sind es bis heute geblieben, Herr Mappus.

Wer jetzt wie Sie antritt und die Verlängerung von Laufzeiten für Atomkraftwerke fordert und auf der anderen Seite die Solarförderung massiv und abrupt kürzt, der hat überhaupt nicht verstanden, wohin wir unterwegs sein müssen, und hat überhaupt nicht verstanden, welche Potenziale für neue Arbeitsplätze in diesen erneuerbaren Energien liegen.

Sie haben zu Recht von dem notwendigen Anpassungsdruck für unsere Wirtschaft gesprochen, und der Atomausstieg ist genau dieser Druck zur Veränderung hin zu einer Energiewende. Die Zukunft unseres Landes strahlt nicht in Gorleben oder in der Asse, sondern sie strahlt in den erneuerbaren Energien. Deshalb wird es Zeit, abzuschalten!

Mindestlohn für Arbeit in Würde

Wir wollen aber nicht nur über die Wettbewerbsfähigkeit von Firmen reden, sondern auch darüber, dass Menschen in Würde arbeiten können. Denn in der Tat: Der, der morgens früh aufsteht und hart arbeitet, der muss von seinem Einkommen leben können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wer ihn in Kombilohnmodelle steckt oder auf staatliche Stütze schickt, der beschädigt die Würde von Arbeit. Deshalb ist die richtige Antwort für diejenigen, die morgens aufstehen und hart arbeiten, Mindestlohn und nicht irgendwelche staatliche Stütze. Darum geht es bei dieser Auseinandersetzung. Dieser Mindestlohn ist auch deshalb unerlässlich, weil die Renten derjenigen, die in den letzten Jahrzehnten dieses Land aufgebaut haben, davon abhängen, wie sich die Lohnentwicklung in der Wirtschaft derzeit gestaltet. Wer die Lebensleistung dieser älteren Menschen respektieren will, der muss für den Mindestlohn sein, damit sie auch weiterhin am Wohlstand dieses Landes partizipieren können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wer wie Sie, Herr Mappus, die Sozialpartnerschaft und das gute Miteinander mit den Beamten im Land betont, der darf nicht im gleichen Atemzug beim Personalvertretungsrecht massive Einschnitte der Beteiligungsmöglichkeiten der Personalvertretungen einführen, der kann nicht auf dem DGB-Landeskongress Süßholz raspeln und dann, wenn es um die Sache geht, knallhart gegen die Sozialpartnerschaft und gegen Arbeitnehmerinteressen Politik machen.

Für die SPD ist klar: Soziale Marktwirtschaft lässt sich daran messen, wie mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land, in den Unternehmen dieses Landes, aber auch im öffentlichen Dienst dieses Landes umgegangen wird. Da müssen Sie noch einiges zulegen.

Gleiche Bildungschancen für alle

Auch in der Bildungspolitik stellen Sie sich nicht den Herausforderungen unserer Zeit. Anstatt die Dynamik von Veränderungen aufzunehmen, bleiben Sie im starren Korsett des bisherigen, überholten Bildungssystems. Das Wort Ganztagschule ist in der

Regierungserklärung gar nicht aufgetaucht. Das verkorkste Projekt Werkrealschule wird en passant erwähnt.

Deshalb sage ich Ihnen, Herr Mappus, Frau Kultusministerin, es mag durch ein geschicktes Auftreten möglich sein, ein gewisses Interesse zu wecken, aber substanzielle Reformen lassen sich nicht durch einen Marketinggag ersetzen. Deshalb kommt es nicht so sehr darauf an, wie häufig und wie viel Sie jetzt mit den Menschen reden in den nächsten Monaten, sondern darauf, was Sie ihnen in der Sache Neues in der Bildungspolitik zu sagen haben.

Wir sagen: Im Mittelpunkt der Bildungspolitik müssen gleiche Bildungschancen für alle stehen, egal welcher Herkunft ein Kind ist, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, aber auch um die Arbeitsgesellschaft für die Zukunft vorzubereiten. Denn wir brauchen jedes Talent. Es darf kein Talent in den nächsten Jahren verschütt gehen.

Wer dies ernsthaft fordert, muss dann auch kostenfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule in diesem Land gewährleisten. Da muss sich die CDU an ihren Landesparteitagsbeschlüssen messen lassen und sich endlich einmal auch hier hinstellen und diese Kindergartengebührenfreiheit einführen und sie nicht nur auf ihren Parteitag versprechen.

Wir wissen alle: Kern guter Bildungspolitik ist die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen. Aber dies setzt zunächst einmal voraus, dass überhaupt Unterricht stattfindet. Deshalb ist es so fatal, dass Sie eine millionenschwere Werbekampagne inszeniert haben und gleichzeitig die Stellen für Krankheitsstellvertretungen immer noch fehlen und viel zu viel Unterricht ausfällt.

Ganztagsangebote für Kinder von Anfang an

Wer wirklich auf die Kinder eingehen will, der braucht ganztägige Bildungsangebote von Anfang an. Wir sind aber in Baden-Württemberg immer noch Schlusslicht bei der Ganztagsbetreuung der drei- bis fünfjährigen Kinder in Kindertagesstätten, und wir haben durch diese konservativen Profilierungsversuche von Ihnen, Herr Mappus, auch noch dieses Damoklesschwert des Betreuungsgeldes über den Familien hängen, das noch dazu führen wird, dass Kinderbetreuung eben nicht in echter Wahlfreiheit

angeboten wird, sondern dass diejenigen, die nicht in die Kinderbetreuung geschickt werden, gefördert werden. Wir sind für echte Wahlfreiheit, und das setzt voraus, dass Kinderbetreuung in diesem Land noch mehr ausgebaut wird.

Wer aber auf die einzelnen Kinder ernsthaft eingehen will, der muss auch in den Schulen Ganztagsangebote ernst nehmen. Wir brauchen keine Kürzung von Lehrerzuweisungen, wie in den alten sozialen Brennpunktschulen geschehen. Wir brauchen mehr pädagogisches Personal an den Ganztagschulen, damit das Versprechen der Ganztagschulen, den Kindern wirklich zu helfen, auch eingelöst wird. Sonst bleibt es leer und hohl, und die Enttäuschung bei den Eltern wird wachsen.

Wir brauchen Schulsozialarbeit in Ergänzung des pädagogischen Personals. Da reicht es nicht aus, auf die Kommunen zu schieben. Dies ist eine originäre Landesaufgabe. Denn Bildung an den Schulen ist Landesaufgabe. Da geht es um die Gleichheit von Bildungschancen. Da muss das Land endlich auch die Schulsozialarbeit wieder finanzieren.

Innovative Schulkonzepte der Kommunen zulassen

Sie sind aber auch nicht bereit, innovative Schulkonzepte aus den Gemeinden ernst zu nehmen. Ob es darum geht, an einer Hauptschule auch einen Realschulabschluss – einen echten Realschulabschluss wohlgerneht – anzubieten, ob es darum geht, eine sechsjährige Grundschule einzurichten, ob es darum geht, einen G-9-Zug an einem Gymnasium einzurichten, ob es darum geht, Inklusion von Kindern mit Behinderungen anzustreben – all diese Konzepte für längeres gemeinsames Lernen werden abgelehnt, und zwar mit einer obrigkeitsstaatlichen Denke, die die Bürger nicht ernst nimmt, sondern die auf altem Denken beharrt.

Wenn ich Sie auffordere, den Kommunen endlich Handlungsspielräume zu eröffnen und die aktive Bürgergesellschaft, bei der sich Menschen für Bildung engagieren, ernst zu nehmen, dann sage ich das nicht nur, weil das pädagogisch der bessere Weg ist, sondern ich sage das auch, weil in einem Land, das flächenstark ist, das seine Stärke aus der Dezentralität bezieht, wie es in Baden-Württemberg der Fall ist, strukturpolitische Entwicklungen davon abhängen, wie in Zukunft mit Schulstandorten umgegangen wird.

Sie haben ein Programm aufgelegt, das dazu führt, dass Hunderte von Schulstandorten in den nächsten Jahren gefährdet sind. Sie haben das besonders elegant gemacht, indem Sie die Drecksarbeit der Schließung den Kommunen überantwortet haben. Wer wirklich Schulstandorte erhalten will, der muss - rein rechnerisch - die Schüler länger zusammen lernen lassen. Dann könnten wir mehr Schulstandorte in diesem Land halten.

Davon hängt nicht nur die Schulstandortentwicklung ab, sondern auch das intakte Gemeinwesen einer Kommune. Das hängt davon ab, dass es ein Rathaus mit einem Schultes gibt, ein Gasthaus, die Kirche, den Kindergarten, den Sportplatz und eine Schule. Deshalb sage ich Ihnen: Mit unserem Konzept wird die Schule im Dorf bleiben, und das ist genau das, was dieses Land und was diese Gesellschaft braucht.

Marsch in die Schuldenfalle statt strukturelle Haushaltskonsolidierung

Die Landesregierung und Sie, Herr Mappus, stehen sich aber auch aus der Verantwortung bei der Frage, wie wir die öffentlichen Aufgaben zukünftig solide finanzieren können. Denn Herr Oettinger hatte immerhin noch die Verantwortung für solides Haushalten übernommen; Sie haben damit wenig am Hut.

Sie wollen gar nicht zur Kenntnis nehmen, dass nach dem aktuellen Doppelhaushalt, nach der mittelfristigen Finanzplanung in vier Jahren zusätzliche neue Schulden in Höhe von rund 7 Milliarden Euro vorgesehen sind – und das ist noch schön gerechnet. Sie haben weder heute noch in der Vergangenheit Antworten darauf gegeben, wie Sie den Landeshaushalt nachhaltig neu ausrichten wollen und wie Sie aus dieser Schuldenfalle herauskommen wollen.

Sie haben zu Recht den Bildungsbereich angesprochen, der natürlich wichtig ist. Aber Sie haben in den anderen Bereichen keine konkreten Vorschläge für Einsparungen gemacht. Wir als SPD haben in mehreren Haushaltsberatungen strukturelle Vorschläge gemacht: Zusammenlegung von Ministerien, Einsparen einer Verwaltungsebene, Abbau von Agrarsubventionen und von Agrarverwaltung und Begrenzung von Beamtenstellen auf einen strikt hoheitlichen Bereich. Das sind die Antworten für eine solide Finanzpolitik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist bezeichnend, dass zum ersten Mal seit vielen Jahren kein konkretes Datum für das Ziel der Nullverschuldung genannt wird. Das

heißt, Sie haben die finanzpolitische Solidität der Vorgängerregierungen aufgegeben. Was das Ganze auf die Spitze treibt, ist, dass Sie in dieser Lage, Herr Mappus, noch weiteren Steuersenkungen das Wort reden. Da hat Sie ja die „Westerwelle“ voll erfasst.

Jeder weiß: Angesichts der prekären Finanznot – nicht nur des Landes, sondern auch der Kommunen – sind weitere Steuersenkungen Gift für die öffentlichen Haushalte.

Wer da jetzt noch die Gewerbesteuer infrage stellt, muss sich natürlich vorhalten lassen, dass er die kommunalen Haushalte noch mehr in Bedrängnis bringt. Denn es kann nicht sein, die Gewerbesteuer infrage zu stellen und kein durchgerechnetes Konzept zu haben, das besser ist als die bisherige Gewerbesteuer.

Sie haben damit schon jetzt jeglichen Kredit in der Finanzpolitik verspielt, und das starke Eindreschen auf den Länderfinanzausgleich ist doch wirklich ein wenig seltsam. Die gleichen Fraktionen, die jetzt ein großes Bohei machen, haben damals, als die Neuregelung hier im Parlament zur Debatte stand, dieses positiv begleitet, es verstärkt und dem zugestimmt. Jetzt stellen Sie fest, dass es vielleicht doch nicht so gut war, aber es ist ein bisschen spät. Die Unterschrift steht, bis 2019 ist der Solidarpakt festgezurr. Deshalb sage ich Ihnen, es ist nichts anderes als ein plumpes Ablenkungsmanöver von Ihrem finanzpolitischen Versagen.

Der Staat braucht eine solide Finanzbasis, denn er lebt von der Substanz. Die öffentliche Infrastruktur, die Hochschulen, die Landesstraßen wurden in den letzten Jahren mangelhaft unterhalten. Deshalb ist die Handlungsfähigkeit des Staates, eine angemessene Ausstattung mit Steuermitteln, unerlässlich. Deshalb wollen wir Steuergerechtigkeit über eine Stärkung der Steuerverwaltung konsequent durchsetzen.

Aber es verbirgt sich noch etwas Grundsätzliches dahinter, nämlich die Frage nach dem Staats- und Gesellschaftsverständnis. In Ihren Reihen gibt es viele Stimmen, die sagen: Steuern sind ein Geschenk an den Staat. Ich sage Ihnen: Steuern zu zahlen ist selbstverständliche Bürgerpflicht, denn wir alle sind der Staat.

Deshalb war es so fatal, dass Sie bei den Steuerhinterziehern nicht hart durchgegriffen haben, weil Sie damit einem Gesellschaftsbild Vorschub leisten, das auf Entsolidarisierung setzt und nicht auf sozialen Zusammenhalt. Deshalb bekenne ich mich für die SPD auch zur kommunalen Daseinsvorsorge, keine Privatisierung von öffentlichen Institutionen wie der LBBW. Aber auch auf kommunaler Ebene kann es nicht sein, dass

immer mehr private Sicherheitsdienste die öffentliche Sicherheit übernehmen müssen. Es ist Aufgabe der Polizei, für Sicherheit und Ordnung in diesem Staat zu sorgen.

Vielfalt als Chance – Diskriminierung überwinden – Integration vorantreiben

Schließlich hat diese Landesregierung, hat Herr Mappus keine Antennen für die dynamischen Veränderungen in unserer Gesellschaft, die in der Zusammensetzung in der Vielfalt unserer Gesellschaft in den letzten Jahren rapide vorstatten gegangen sind. Sie haben immer noch Berührungsängste, sie haben immer noch dieses abgeschmackte Bild vom konservativen Besitzstandswahrer, das Sie aufbauen wollen.

Sie bekommen gar nicht mit, wie sich dieses traditionell weltoffene Land weiter rapide verändert. Was Sie in Ihrer Partei betreiben, ist, dass Sie mit feuchten Augen einem alten Bild von Baden-Württemberg hinterher hecheln, was mit der Realität nichts zu tun hat.

Sie haben ein Weltbild, das kulturell und sozial trennt und nicht zusammenführt. Sie haben ein Weltbild, das nicht auf den sozialen Zusammenhalt setzt, sondern spaltet. Dies ist die falsche Antwort in dieser Krisenzeit.

Ich sage an dieser Stelle: Vielfalt in der Gesellschaft ist keine Bedrohung, sondern eine Chance, sowohl kulturell, sozial als auch wirtschaftlich. Vornehme Aufgabe von Politik und ihren führenden Vertretern, Herr Mappus, ist es, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu befördern, denn nichts anderes meint dieser sperrige Begriff „Integration“. Wenn wir über Integration reden, dann nicht nur in akademischen Diskursen, jetzt durch eine Staatsrätin angereichert, sondern da ist handfestes Handeln in diesem Land gefragt: bei der Sprachförderung, in der Schulpolitik, bei der Ausbildung und bei den Arbeitsmarktchancen von Migrantinnen und Migranten. Dabei geht es um ganz praktische Dinge wie die Arbeit in den Sportvereinen.

Ich sage Ihnen einmal eines: Mein Sohn mit dem sperrigen Namen Oguzcan Dur, damals Sohn einer alleinerziehenden türkischstämmigen Mutter, ist in dieser Gesellschaft angekommen, als er mit sechs Jahren in den Handballverein von Nürtingen eingetreten ist. Da war es egal, ob er Türke oder der Sohn des angesehenen Einzelhändlers dieser Stadt ist. Deshalb sage ich Ihnen: Wir werden – so wie im Sport – nur gemeinsam

gewinnen, wenn wir die Integration vorantreiben. Wenn wir es nicht schaffen, dann verlieren wir alle gemeinsam.

Wer über diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt redet, der darf den Migrantinnen und Migranten nicht immer nur die sicher bestehenden Defizite anhängen, sondern es geht auch darum, positive Vorbilder herauszustellen und dass die Menschen, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind, das Rathaus als ihr Rathaus, die Schule als ihre Schule und den Elternbeirat als ihren Elternbeirat begreifen und hier heimisch werden und wir sie mit offenen Armen aufnehmen.

Mit Gleichstellung von Frauen und Männern endlich ernst machen

Wer für sozialen Zusammenhalt ist, der muss auch die nach wie vor das bestehende Problem der Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft als erstes ins Auge nehmen und in Angriff nehmen. Denn im Ländervergleich schneidet Baden-Württemberg bei der Gleichstellung nach wie vor miserabel ab:

Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen: letzter Platz; Frauenanteil an absolvierten Promotionen: vorletzter Platz; Frauenanteil in den Verwaltungsspitzen von Kommunen: vorletzter Platz. Damit ist klar: Wir brauchen eine Landesregierung, die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe begreift und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernstlich anpackt und nicht weiter dem alten Weltbild hinterher hechelt.

Apropos Vielfalt und Berührungängste: Herr Mappus, wie wäre es denn, wenn Sie beim nächsten Christopher Street Day mitmachen, sich anschauen, wie bunt, wie schillernd und wie freudvoll diese Gesellschaft ist. Ich sage Ihnen eines, lieber Herr Mappus: Wenn Sie nicht allein gehen wollen, weil Sie ein bisschen Angst haben, dann gehe ich mit.

Wir bieten Ihnen an, dort, wo Sie nicht nur ein Sammelsurium an Klein-Klein-Vorschlägen haben, sondern wo Sie den Kurs ernsthaft ändern wollen, sind wir zum Wohl dieses Landes dabei zu sein. Auch ich persönlich werde mich dafür einsetzen, dass dieses Land weiterhin vorangetrieben wird, denn wir sind in einer ernsthaften gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Krise. Da kann man es sich nicht leisten, nur Klein-Klein zu machen und nur an bewährtem und altem Denken festzuhalten. Da muss man Mut zu Neuem haben.

Weichen stellen für wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit

Herr Ministerpräsident, die SPD Baden-Württemberg wird Sie an Ihren Taten und nicht an Ihren Ankündigungen messen. Wir werden als konstruktiv-kritische Oppositionsführung deutlich Kritik anbringen und Alternativen aufzeigen, wo es angebracht ist. Und wir sind zur Zusammenarbeit bereit, wo es für das Wohl des Landes und seiner Menschen unabdingbar ist.

Wir stehen bereit, Verantwortung zu übernehmen und die Weichen für eine gute Zukunft stellen, in der wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit in Baden-Württemberg gewährleistet sind:

- Wir stehen für ein Land, in dem aktive Wirtschaftsförderung betrieben wird, anstatt die Leistungen der Menschen zur Selbstbeweihräucherung der Regierung zu instrumentalisieren.
- Ein Land, das ernst macht mit dem vereinbarten Atomausstieg, anstatt die riesigen Arbeitsmarktchancen durch erneuerbare Energien zu blockieren.
- Ein Land, in dem in der Bildung gleiche Chancen für alle herrschen, anstatt am alten Korsett festzuhalten.
- Ein Land, in dem man Familienglück und Beruf miteinander vereinbaren kann, anstatt bei der Kinderbetreuung die rote Laterne aller Bundesländer zu tragen.
- Ein Land, in dem sozialer Zusammenhalt und Solidarität anhält, anstatt weiter Sozialabbau zu betreiben.
- Und ein Land, in dem gemeinsam mit den Menschen gehandelt wird, anstatt technokratisch über deren Köpfe hinweg zu entscheiden.

All dies erfordert Mut und Kraft. Wir sagen, was sich in Baden-Württemberg bewährt hat und was bleiben muss. Aber wir sagen auch offen, was sich ändern muss. Wir stehen dafür ein, dass niemand am Wegesrand von Veränderungen – ob in Arbeit oder arbeitslos, ob alt oder jung – zurückbleiben muss. Wir wollen die vielfältigen Kräfte Baden-Württembergs erneuern und setzen dabei gleichzeitig auf das Fundament, das unser Land stark gemacht hat.

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute wieder gezeigt: Wahltaktisch spielen Sie gerne den bürgerlichen Wertkonservativen, allerdings ohne Substanz. Dabei bin ich mir ganz sicher: Kraftvoll ins Irgendwie, machtvoll ins Irgendwo, effektivvoll ins Irgendwann – das wird nicht reichen, um Baden-Württemberg fit für die Zukunft zu machen. Sie sind jetzt gefordert, klare Positionen zu beziehen, anstatt auf allen Schultern Wasser zu tragen. Denn ein markiger Habitus ersetzt keine entschiedene Politik.

Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Mappus hat deutlich gemacht: Die Dynamik der Veränderung ist nicht auf ihrer Seite. Sie haben keine Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft. Die SPD will diese Gesellschaft dynamisch verändern und das Land voranbringen.

Vielen Dank.